



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 3 0 - 0 0 0 9**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Zusetzung von zwei Juristenstellen mit Budget bei Amt 30

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Dr. Franz

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: - 972.876,73 €
 in %: - 4,6 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2018	Personalkosten	253.750 €	253.750 €		1300029	630098	Personalkosten Amt 30
	x	2018	Sachkosten	19.700 €	19.700 €		1300029	680000	Arbeitsplatzkosten
Summe einmalige Kosten:				273.450 €	273.450 €				

	x	2019 ff	Personalkosten	257.560 €	257.560 €		1300029	630098	Personalkosten Amt 30
	x	2019 ff	Sachkosten	20.000 €	20.000 €		1300029	680000	Arbeitsplatzkosten
Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Anpassung der Personalausstattung im Rechtsamt nach erfolgter Abgabe einer Juristenstelle an Dez. I sowie zur Sicherstellung zusätzlicher Leistungen rund um den Schwerpunktbereich Baurechtschaffung für Wohnen, Arbeiten und Bildung.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 eine Juristenstelle zum 1. April 2017 an das Dez. I Beteiligungsreferat abgegeben wurde.
 - 1.2 zusätzliche Beratungsbedarfe bestehen zur Sicherstellung der Leistungen rund um den Schwerpunktbereich Baurechtschaffung für Wohnen, Arbeiten und Bildung.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 zum Ausgleich der zum 1. April 2017 an Dez. I Beteiligungsreferat abgegebenen Stelle im Sachgebiet 300120 eine zusätzliche Stelle (Stellenwert A 15) unbefristet geschaffen wird. Das hierfür erforderliche Personal- und Sachkostenbudget wird Dez. II/ 30 dauerhaft außerhalb des Orientierungsrahmens zugesetzt.
 - 2.2 zur Sicherstellung der Leistungen rund um den Schwerpunktbereich Baurechtschaffung für Wohnen, Arbeiten und Bildung im Sachgebiet 300120 eine zusätzliche Stelle (Stellenwert A 15) unbefristet geschaffen wird. Das hierfür erforderliche Personal- und Sachkostenbudget wird Dez. II/ 30 dauerhaft außerhalb des Orientierungsrahmens zugesetzt.
- 3 Die Entscheidungen zu 2.1 und 2.2 werden Bestandteil der Haushaltsplanberatungen 2018/ 2019.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

- Zu 2.1 Die Stelle Nr. 170 wurde zum 1. April 2017 zum Dezernat I Beteiligungsreferat umgesetzt. Es ist dringend erforderlich, die dadurch entstehende Vakanz in der Wahrnehmung der Justizariatsaufgaben unverzüglich zu beseitigen. Der Arbeitsaufwand kann mit den verbliebenen Ressourcen nicht aufgefangen werden.
- Zu 2.2 Die zusätzlichen Personalmittel sind dringend erforderlich zur Sicherstellung der Leistungen rund um den Schwerpunktbereich Baurechtschaffung für Wohnen, Arbeiten und Bildung. „Städtebauliche Verträge“ nach § 11 BauGB spielen bei der Realisierung von städtebaulichen Projekten in Wiesbaden eine immer größere Rolle. Sie regeln u.a. die Kostentragung der Gebietsentwickler für Maßnahmen der technischen und sozialen Infrastruktur und entlasten damit den städtischen Haushalt in mehrfacher Millionenhöhe jährlich. Die Verträge haben eine sehr hohe Regelungsdichte und betreffen viele Fachbereiche innerhalb der Stadtverwaltung. Insbesondere die Regelungen zum Infrastrukturkostenbeitrag bedürfen einer sorgfältigen Herleitung und einer belastbaren Berechnungsgrundlage um eine größtmögliche Rechtssicherheit herzustellen. Daher ist eine intensive juristische Begleitung der Vertragserstellung und der Vertragsverhandlungen auf Augenhöhe mit den Juristen der Gebietsentwickler absolut unumgänglich. Amt 30 kann diese notwendige kontinuierliche Mitarbeit an den Verträgen mit den vorhandenen Kapazitäten nicht sicherstellen.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 26. Juli 2017

Dr. Franz
Bürgermeister